

Nothaushalt legt Politik Fesseln an

RP 12.3.04

Von HELGA SEIFERT

SCHWALMTAL. Was FDP und Grüne schon während der Haushaltsdebatte prophezeit hatten, ist jetzt eingetreten: Landrat Dr. Hans-Christian Vollert hat den Schwalmtaler Doppelhaushalt 2003/04 mit dem Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2003 bis 2007 abgelehnt. In der Folge gilt für die Gemeinde das Nothaushaltsrecht: Schwalmthal darf nur noch Geld für gesetzlich vorgeschriebene und vertraglich festgelegte Maßnahmen ausgeben, freiwillige Zuschüsse an Vereine und Verbände dürfen nicht erfolgen. Die Politik büßt damit jeden Handlungsspielraum ein.

Für Bürgermeister Hans-Josef Lohmanns kommt die Ablehnung nicht überraschend. „Schwalmthal kann in den nächsten fünf Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Es wäre gelogen, wenn wir ande-

res behaupten würden.“ Steuererhöhungen, die die Mehrheitsfraktion CDU ablehnt, könnten das Drei-Millionen-Defizit nicht wettmachen, „was nicht heißt, dass wir uns darüber keine Gedanken machen müssen“. Der Landrat spricht diese „Hausaufgabe“ in seiner Ablehnung ausdrücklich an: „Obwohl die Steuerhebesätze der Gemeinde derzeit oberhalb des Landesdurchschnitts liegen, sind künftige Anpassungen in die Überlegungen zur Haushaltssicherung einzubeziehen.“ Unabhängig davon seien alle Einnahmeföglichkeiten konsequent auszuschöpfen.

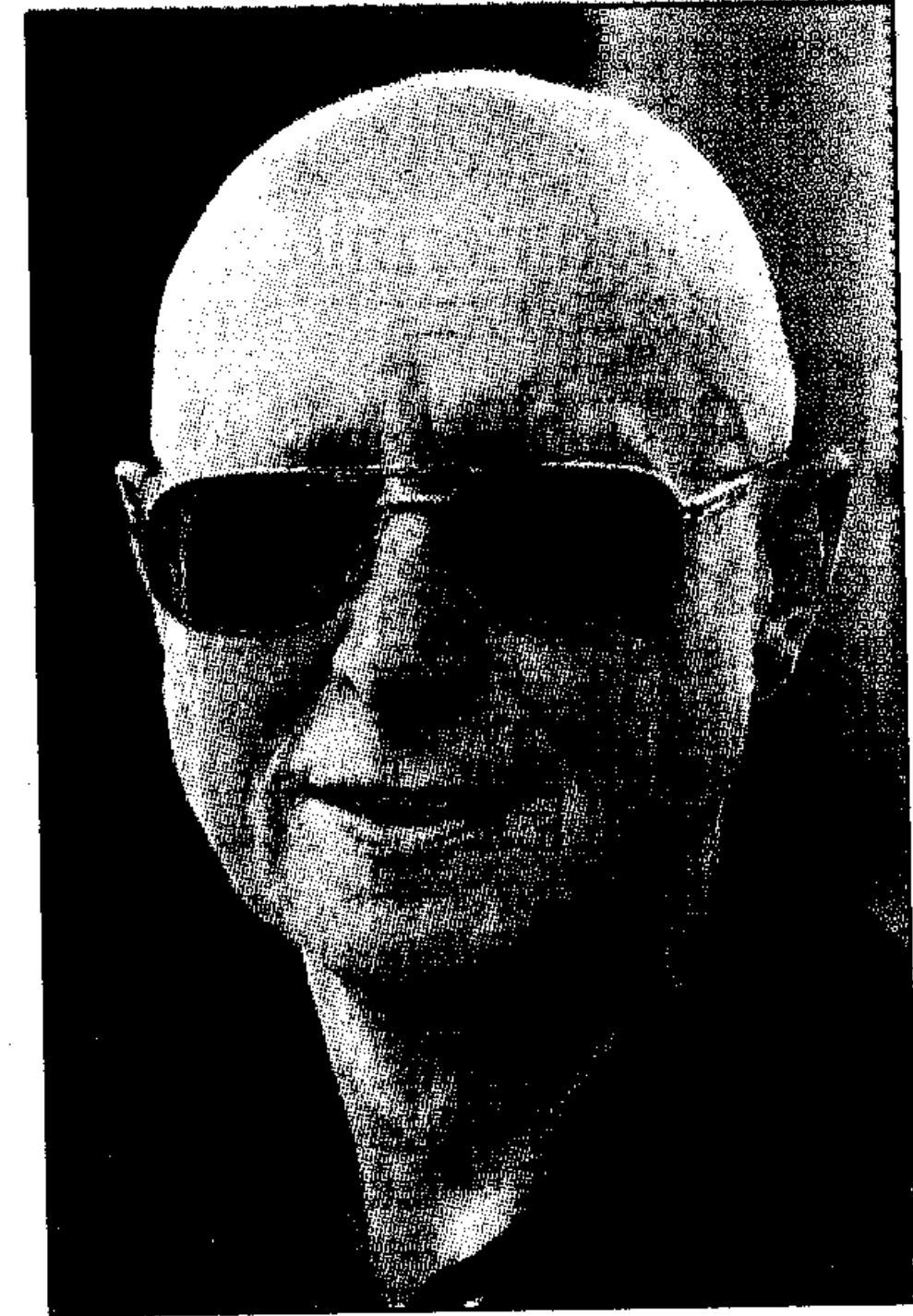
Gebühr wieder Thema

Damit dürfte auch die Sportstättengebühr wieder Thema sein. Lohmanns: „Sportvereine, denen die Gemeinde eine Sportstätte übertragen hat, leisten einen Obulus in Form von

Eigenleistung und/oder Geld. Sportvereine, die die Hallen benutzen, lassen wir ungeschoren. Ich sehe darin eine Ungleichbehandlung.“

Einsparpotential sieht der Landrat vor allem im Personalbereich. Welche Möglichkeiten dazu im Öffentlichen Dienst und nach dem Beamtenrecht bestehen, lässt er aber offen. Lapidar merkt er an: „Es muss Ziel sein, die Personalausgaben zu senken.“

Bürgermeister Lohmanns schätzt die Chancen, dass Schwalmthal sein Haushaltsdefizit (bis 2007 rund 12,4 Mio. Euro) in den kommenden Jahren ausgleicht, gleich Null ein. „Wir wissen ja nicht, was auf die Gemeinde noch zukommt. Hartz IV belastet den Kreis Viersen mit Mehrausgaben von etwa 16 Millionen Euro. Ich gehe davon aus, dass die Mehrkosten für Schwalmthal mindestens eine Million Euro betragen, und noch ist kein Ende der Fahnenstange in Sicht.“



Bürgermeister Hans-Josef Lohmanns erhielt Post vom Landrat. RP-Foto: Archiv